

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2023 / Ausgabe 157 – 30. März 2023



IN DIESER AUSGABE

Links-gelbe Marathonverhandlungen

Ein Jahr Zeitenwende

Wahlrechtsreform

Schuldensucht der Ampel

Die grüne Verbotskultur stoppen

Flüchtlingsgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ostergruß

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

drei Regierungserklärungen hat Bundeskanzler Scholz in jüngster Zeit im Bundestag abgegeben. Wortreich redet er sich die Lage schön, aber viel vorzuweisen hat er nicht. Das nennt man „Scholzen“ oder aber „Scholzing“, ins „Englische“ übersetzt, wie es in einem millionenfach geteilten Retweet vom renommierten britischen Historiker Timothy Garton Ash zu lesen ist. „Scholzing“ bedeutet demnach das Kommunizieren guter Absichten, nur um dann jeden vorstellbaren Grund zu erfinden, um sie zu verzögern und zu verhindern. In vielen Punkten streitet die links-gelbe Koalition und legt sich so selbst lahm – besonders gut ablesbar am Haushalt 2023, wo die Ausgabenwünsche roter und grüner Minister jeden Rahmen sprengen. Angesichts von Ukrainekrieg, Energiekrise, Inflation und Wettbewerbsorgen können wir uns aber keine Regierung leisten, die keinen Plan hat, die nicht zupackt. Selbst in Brüssel schütteln sie über Deutschland den Kopf. Was die Regierung allerdings durchgezogen hat ohne Rücksicht auf Verluste, ist ihre Wahlrechtsreform. Aber da geht es ja auch um die Sicherung der eigenen Pfründe in einem verkleinerten Parlament. Ein Wahlrecht, das den Wählerwillen nicht exakt abbildet, können und werden wir nicht hinnehmen. Auch wenn wir selbst den Bundestag unbedingt verkleinern wollen: Diese Reform werden wir in Karlsruhe überprüfen lassen!

Lesen Sie außerdem in dieser Ausgabe meines Hauptstadtbriefes, wie die Bundesregierung auch nach dem überfälligen Abgang der völlig unfähigen Verteidigungsministerin weiter die Zeitenwende verschläft und weiter zwischen der Glorifizierung der Friedensbewegung und einer törichten Russlandnostalgieführender Genossen irrlichtert. Derweil arbeiten die Grünen, vertreten durch Klima- und zumindest theoretisch auch Wirtschaftsminister Habeck, weiter eifrig an der Deindustrialisierung unseres Landes und der Gängelung unserer Bürger, indem sie sichere und verlässliche Kernkraftwerke ohne Not abschalten und Millionen Haushalten die Stilllegung ihrer Heizung androhen!

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



LINKS-GELBE MARATHON- VERHANDLUNGEN IM KOALITIONS-AUSSCHUSS OHNE KONKRETE ERGEBNISSE

Nach den großspurigen Ankündigungen des Bundeskanzlers („sehr, sehr, sehr gute Ergebnisse“) fallen die Entscheidungen der Bundesregierung sehr, sehr, sehr überschaubar aus. Eine Einigung zu Eckwerten für den Bundeshaushalt 2024 wurde nicht erzielt. Die über 30 Gesetzesvorhaben, die derzeit durch Ampel-internen Streit blockiert sind, bleiben zum großen Teil weiter auf Eis. Im Ergebnis besteht das vermeintliche „Modernisierungspaket“ aus zahlreichen Prüfaufträgen und Absichtsbekundungen. Diese sind in der Regel nicht mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Viele der genannten Programme und Maßnahmen gibt es bereits und sollen lediglich fortgeführt werden. Finanzierungsaussagen werden mit zwei Ausnahmen nicht getätigt. Die Absichtserklärungen sind weder beziffert noch finanziell unterlegt, einige sollen sogar erst wie beim Heizungsaustausch nur geprüft werden. Einige Maßnahmen werden in die nächste Wahlperiode verschoben. Umsetzungsziele sind so gut wie keine vereinbart worden. Nach zwei Tagen Verhandlungen überwiegend inhaltsleere und vage Ergebnisse zu präsentieren, ist beschämend.

Die links-gelbe Ampel-Regierung hat sich mit ihren Marathon Beratungen bis auf die Knochen blamiert. Die selbsternannte „Fortschrittskoalition“ will ab

2024 nicht nur die Lkw-Maut weiter erhöhen, sondern auch noch mit einem CO₂-Aufschlag von 200 Euro pro Tonne CO₂ belegen. Dadurch müssen Lkw künftig noch viel mehr für ihre Emissionen zahlen. Das ist inakzeptabel. Dass die Einnahmen des CO₂-Zuschlags für die Schiene verwendet werden sollen, ist der nächste Hammer. Damit wird der mühsam von unserer Regierung erreichte Finanzierungskreislauf Straße zerstört. Straßen und Brücken wird benötigtes Geld vorenthalten. Trotzdem wird dadurch kein Kilometer Schiene neu gebaut. Denn mit dem zusätzlichen Geld aus der Lkw-Maut können nur die Baukostensteigerungen ausgeglichen werden bei Projekten, die ohnehin schon laufen. Wir haben es hier mit einem offensichtlichen Anschlag auf den Straßengüterverkehr und die Straße insgesamt zu tun. Die CO₂-Kosten für Lkw werden massiv steigen und das wird mittelständische Logistikunternehmen zerstören. Den Straßenausbau will die Ampel in Wahrheit nicht voranbringen.

Die vermeintliche Einigung zum Gebäudeenergiegesetz – einem der Hauptstreitpunkte der vergangenen Wochen – hat die Koalition vertagt. Es soll gesetzlich festgeschrieben werden, dass ab 1. Januar 2024 „möglichst“ jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben wird. Angekündigt wird ein technologieoffener Ansatz, ausreichende Übergangszeiträume und die Vermeidung „unbillige[r] Härten“. Gasheizungen sollen laut Äußerungen in der Pressekonferenz weiter

möglich sein, wenn sie mit Wasserstoff betrieben werden können und Planungen für entsprechende Netze bestehen. Außerdem soll sozialen Aspekten angemessen Rechnung getragen werden. „Zielorientiert geprüft“ werden soll, wie der ambitioniertere Austausch von Öl- und Gasheizungen aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziell gefördert werden kann.

Die Formulierungen sind schwammig und interpretationsfähig. Gerade die nur in der Pressekonferenz angekündigten Ausnahmen nach Alter und Einkommen dürften unkomplizierten und unbürokratischen Regelungen entgegenstehen. Offen bleibt, was der „technologieoffene Ansatz“ konkret bedeutet und wie Übergangszeiträume ausgestaltet werden sollen. Zudem ist unklar, wie sich Stichtag und Übergangszeiträume in Einklang bringen lassen. Auch hier fehlen Angaben zu den erwarteten Kosten und der Vereinbarkeit einer Förderung mit einer gesetzlichen Verpflichtung. Ein Inkrafttreten 2024 bedeutet eine kurze Übergangsfrist für Bauherren, Handwerker und Industrie. Ganz grundsätzlich bleibt offen, wie künftig der Austausch gefördert wird.

Mühselig haben sich SPD, Grüne und FDP im Koalitionsausschuss auf Kompromisse verständigt. Vom „neuen Deutschlandtempo“, das Kanzler Scholz in aller Welt anpreist, weil Flüssiggasterminals unerwartet schnell fertig wurden, ist nichts zu spüren. Diese Bundesregierung kann sich in wesentlichen Fragen nicht einigen. Sie hat in den letzten Tagen und Wochen permanent öffentlich gestritten. Der Zank, das Zaudern und das

Zögern sind das Motto dieser Ampel. Anstatt endloser Streitereien braucht es jetzt endlich Entscheidungen zum Wohle unseres Landes.

EIN JAHR ZEITENWENDE

Der erste traurige Jahrestag der Zeitenwende hätte immerhin ein Anlass sein können, neue Kampfkraft und erweiterte Fähigkeiten unserer Streitkräfte als Zwischenfazit festzustellen. Doch leider geht hier nichts voran. Beerdigt wurde die Chance, mit entschlossenem politischem Handeln unsere Bundeswehr ordentlich auszurüsten und den Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung konsequent wahrnehmen zu können. Die Ampel ist immer noch im Schnecken-tempo unterwegs und verhält sich damit unsolidarisch gegenüber den Partnern, mit denen gemeinsam unsere Sicherheit gewährleistet wird. Insbesondere vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges, in dem das Land unsere Unterstützung gegen den russischen Aggressor braucht, halte ich das Agieren der linksgelben Bundesregierung für schlicht unverantwortlich.

Was ist im letzten Jahr passiert? Vollmundig präsentierte Olaf Scholz das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, zunächst unter Applaus der Opposition, eher zögerlich kam auch von den Koalitionsfraktionen zögerliche Zustimmung. Als Union haben wir das Sondervermögen begrüßt, da in der neuen strategischen Lage nach der russischen Invasion diese Mittel mehr als gerechtfertigt waren. Was mit dem Geld gemacht wurde,

lässt einen jedoch zweifeln, dass im Bundeskanzleramt verstanden wurde, was das Stündlein geschlagen hat. Zunächst muss das Sondervermögen richtig eingeordnet werden. Die 100 Milliarden Euro sind kein wirkliches Vermögen, sondern eine Sonderverschuldungsermächtigung. Nach Abzug von Steuern und Inflation bleiben maximal 60 Milliarden Euro. Die Inflationstreiber der Ampel in der zweiten Jahreshälfte 2022 dürfte die Kaufkraft des Sondervermögens nochmals verringert haben. Gemessen an den Kosten, die für Beschaffungsmaßnahmen aufzubringen sind, können 60 Milliarden Euro gerade das Notwendigste besorgen, was unsere Truppe braucht. Zum Beispiel belaufen sich die Kostenschätzungen allein für die Auffüllung der Munitionsdepots auf NATO-Sollstand auf bis zu 30 Milliarden Euro. Der Bericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zur Ausstattung der Bundeswehr ist alarmierend. Unterm Strich ist ein Jahr lang nichts passiert, um die dringend benötigte Modernisierung und Aufrüstung der Bundeswehr voranzutreiben.

Von den 100 Milliarden Sondervermögen wurden praktisch noch keine Bestellungen aufgegeben. In vielen Gesprächen und bei Firmenbesuchen habe ich mir ein eigenes Bild von der aktuellen Lage in der Rüstungsindustrie gemacht. Auch für das aktuelle Jahr 2023 sind hier erst wenige Ausschreibungen seitens der Bundeswehr erfolgt und kaum Aufträge vergeben. Diese Untätigkeit der Bundesregierung ist angesichts der „Zeitenwende“ und dem Munitionsmangel der deutschen Bundeswehr inakzeptabel. Selbst die Nachbeschaffung des von der

Bundeswehr abgegebenen Materials an die Ukraine kommt nicht in Gang. Die desaströse Munitionsausstattung der Truppe hat sich durch die Waffenlieferungen an die Ukraine natürlich weiter verschlimmert.

Dies ist eine fatale Entwicklung, insbesondere angesichts der zunehmenden globalen Herausforderungen und Bedrohungen. Der Verteidigungshaushalt wird trotz der dringend benötigten Ausrüstung und Ausstattung der Bundeswehr nicht angepasst. Wir als Union erwarten, dass die Bundesregierung zur Einhaltung des 2 % Ziels der NATO steht und der Verteidigungshaushalt mindestens um die geforderten 10 Mrd. Euro angehoben wird. Die Sicherheit unseres Landes darf nicht aufs Spiel gesetzt werden, insbesondere angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die notwendigen Schritte zur Modernisierung und Aufrüstung der Bundeswehr endlich einzuleiten. Nur so können wir sicherstellen, dass unser Land in einer unsicheren Weltlage angemessen verteidigt werden kann.

WAHLRECHTSREFORM

Die links-gelbe Ampel hat mit ihrer Mehrheit ein neues Wahlgesetz für die nächsten Wahlen zum Deutschen Bundestag durchgesetzt. Und zwar mit der Brechstange, nämlich gegen die größte Oppositionspartei! Alle Versuche, mit der Ampel einen vernünftigen Kompromiss zu erzielen, sind leider gescheitert. Und das Ganze für die kommende Wahl

(2025), also die aktuelle Mehrheit zimmert sich ihr Wahlrecht so zurecht, dass sie ihre Mehrheit sichert - ein Verhalten, das wir bei vielen ausländischen Staaten als ungehörig und undemokratisch geißelt haben. Früher wurden Wahlrechtsänderungen deshalb immer für die übernächste Legislaturperiode beschlossen.

Das Wahlrecht muss parlamentarische Mehrheiten nach dem Willen des Volkes ermöglichen und zugleich die unterliegenden Minderheiten ausreichend schützen. Im Respekt vor der Minderheit erst beweist sich die Qualität eines Wahlrechts. Es war deshalb gute Tradition, Wahlrechtsänderungen immer mit breiten Mehrheiten im Deutschen Bundestag zu verabschieden. Die jetzige Entscheidung verletzt in besonders rücksichtsloser Weise diese bisherige Übung, denn die Ampel verbindet mit ihrem Wahlgesetz einen besonders tiefen Einschnitt in den Kernbestand unseres bisherigen Wahlrechts. Wir waren überfraktionell immer einig, dass der Bundestag zur nächsten Bundestagswahl kleiner werden soll. Das war und bleibt nicht ganz einfach umzusetzen, wenn wir bei einem deutlich veränderten Wählerverhalten gegenüber der Zeit, in der das Bundeswahlgesetz erstmalig formuliert wurde, bei einem personalisierten Verhältniswahlrecht bleiben wollen. Bei einem Wahlrecht also, mit dem zunächst die Wahlkreisabgeordneten gewählt werden und dann mit der Zweitstimme über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages insgesamt entschieden wird. Deshalb ja auch unser Vorschlag, um die verbindliche Einhaltung der Zahl von 598 Abgeordneten zu

garantieren: in den 299 Wahlkreisen wird die eine Hälfte des Bundestages gewählt, die anderen 299 rücken von den Parteilisten nach Zweitstimmenergebnis ein. Zwar ist wahr, dass wir als Union meist die weitaus meisten Direktmandate erringen konnten. Das liegt aber nicht am Grundgesetz oder am Wahlgesetz, sondern an dem wählbaren Potential an Kandidaten, das wir dem Wähler Wahlkreis für Wahlkreis anbieten.

Nach dem Willen der Ampel sind in Zukunft die in den Wahlkreisen gewählten Abgeordneten von einer „Zweitstimmendeckung“ abhängig, also einer ausreichenden Zahl von Stimmen für die Partei, der die Kandidaten angehören. Das war für sich genommen schon eine substanzielle Veränderung unseres Wahlrechts, weg von der Erststimme, hin zur Zweitstimme. Wenige Tage vor der Abstimmung hat die Koalition dann einen weiteren Änderungsantrag in die Beschlussfassung eingebracht. Er sieht vor, dass den gewählten Wahlkreisabgeordneten nur dann das Mandat „zuteilt“ wird, wenn ihre Partei bundesweit mindestens 5 Prozent der Zweitstimmen erreicht. Für Parteien also, die nur in Teilen der Bundesrepublik Deutschland, also in bestimmten Regionen oder Bundesländern, Kandidaten aufstellen und auch nur dort als Parteien kandidieren, wird der Sitz im Deutschen Bundestag von einem bundesweiten Ergebnis abhängig gemacht, auf das diese Parteien außerhalb ihres Bundeslandes oder ihrer Region keinen Einfluss haben. Für regional stark verankerte Parteien -und dies muss ja nun beileibe nicht nur die CSU in Bayern sein- wird ein Mandat im Deutschen

Bundestag selbst bei überragenden Wahlergebnissen in den Wahlkreisen ein nur schwer erreichbares Ziel werden. Es können Millionen von Erststimmen ohne Auswirkung auf das Wahlergebnis unter den Tisch fallen und wir bekommen ein Wahlrecht der betrogenen Wähler.

Nach meiner Auffassung ist es schlichtweg falsch, wenn Kandidaten, die die meisten Stimmen der Bürger im Wahlkreis erhalten, nicht in den Bundestag einziehen. Das widerspricht zutiefst meinem Demokratieverständnis und ganz sicher auch dem Gerechtigkeitsempfinden der Wähler: Man stelle sich vor: Die CSU bekommt in Bayern 40 Prozent der Stimmen. Sie gewinnt 40 Direktmandate. Aber bundesweit liegt ihr Anteil knapp unter 5 Prozent. Geht es nach Olaf Scholz und seiner links-gelben Ampelregierung, dürfen die CSU-Kollegen künftig nicht in den Bundestag einziehen. Ein Scherz des Bundeskanzlers und seiner Regierung? Leider nein: Es ist der Wahlrechtsbeschluss von SPD, Grünen und FDP. Das schadet der Demokratie! Den Bürgern ist doch nicht glaubhaft zu vermitteln, warum nicht ihre Direktstimme, sondern ein kompliziertes statistisches Konstrukt darüber entscheiden soll, wer ihre Heimat und ihre Interessen im Deutschen Bundestag vertritt. Die CDU/CSU-Fraktion wird dieses Wahlrecht natürlich vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe überprüfen lassen. Aber der Schaden für unsere Demokratie und die Verletzung des Vertrauens der Wähler in die Institutionen unseres Staates sind längst eingetreten. Willkürliche und von der Mehrheit rücksichtslos durchgesetzte

Wahlrechtsänderungen kannten wir in Deutschland bisher nicht.

SCHULDENSUCHT DER AMPEL

Im ersten Quartal 2023 war Deutschland mit gut 2,55 Billionen Euro verschuldet – das sind rund 30.000 Euro pro Kopf. Im letzten Jahrzehnt waren die Zinsausgaben des Bundes ein politisch vernachlässigbarer Haushaltsposten. „Peanuts“, um das Unwort des Jahres 1994 zu zitieren. Doch das ist vorbei: Schon im aktuellen Haushalt 2023 macht der Schuldendienst knapp 40 Milliarden Euro aus. Das ist zehnmal so viel wie 2021 und zugleich fast doppelt so viel wie der gesamte Etat für Bildung und Forschung. Zum Vergleich, 2013, kurz nach der Finanzkrise, musste die Bundesregierung „nur“ 31,3 Milliarden Euro für Zinsen ausgeben. Seither kamen stets zwei entlastende Faktoren zusammen: die Geldschwemme der Zentralbanken und ein sinkender Schuldenstand des Bundes. Ersteres schon immer mit verheerenden Konsequenzen für deutsche Sparer, Letzteres immerhin möglich dank der verantwortungsvollen Politik eines CDU-Bundesfinanzministers. Doch damit ist es nun vorbei! Die Inflation zwingt die Zentralbanken weltweit das Zinsniveau anzuheben, die Zeit des billigen, immer verfügbaren Geldes ist vorbei!

Und nun? Deutschland hat ein massives Ausgabenproblem und sitzt auf einem abenteuerlich hohen Schuldenberg! Und auf Schuldenbergen kann man nicht spielen – das wusste in der Vergangenheit auch die FDP. Dumm nur, dass sie damit

nicht bei ihren linken Koalitionspartnern bei der Haushaltsplanung durchdringt! Für den Bundeshaushalt 2024 haben vornehmlich die rot-grünen Ampel-Minister bereits Projekte angemeldet, die das Budget um 70 Milliarden Euro übersteigen, nach unseren jüngsten Berechnungen gar um über 90 Milliarden Euro übersteigen.

Natürlich finden sich unter den Ausgabenwünschen auch sinnvolle Punkte, wie etwa die Ertüchtigung des Wehretats. Der SPD-Verteidigungsminister, immerhin nach einigen Wochen im Amt ersichtlich kompetenter als seine völlig ungeeignete Vorgängerin, spricht davon, dass Deutschland keine Streitkräfte habe, „die verteidigungsfähig sind“ und meldet 10 Milliarden Euro Mehrbedarf an! So dramatisch die Diagnose daher kommt und so viel Sympathie ich für einen zupackenden Verteidigungsminister auch haben mag, zur Wahrheit gehört auch, dass sich die SPD in allen vergangenen Legislaturperioden gegen jede noch so dringend benötigte Modernisierung unserer Bundeswehr gestemmt hat. Seien es persönliche Ausrüstungsgegenstände für unsere Soldaten, zeitgemäße Trägersysteme für die nukleare Teilhabe oder aber bewaffnungsfähige Drohnen zum Schutz der Truppe im Einsatzgebiet, stets waren Sozialdemokraten bei denen, die hysterisch und überzogen vor einer Militarisierung warnten und jedes Vorhaben wo immer möglich verhinderten oder verzögerten! Den alten Irrglauben vom „Frieden schaffen ohne Waffen“, den hat die SPD-Bundesfraktion bis hinein in die Fraktionsspitze nie abgelegt, der

seinerzeitige Finanzminister Scholz verweigerte zureichende Finanzausstattung!

Neben dem Wehretat finden sich im angemeldeten Mehrbedarf viele soziale Wohltaten, wie etwa die sogenannte Kindergrundsicherung, die Rote und Grüne mit der Gießkanne großzügig verteilen wollen. Was es kostet, Tausende Wärmepumpen auf die Preise von Gasthermen herunterzsubventionieren, hat noch keiner ausgerechnet. Die überdeutlichen Risse in ihrem koalitionären Gerüst versucht die Ampel nun mit Geld zuzukleistern. Schon in Zeiten des Aufschwungs funktioniert diese Strategie nur bedingt, angesichts der gegenwärtigen Wirtschafts-, Energie- und Migrationskrise verkommt sie hingegen vollständig zum stabilitätspolitischen Offenbarungseid. Die Zentralbanken haben die Zeichen der Zeit, wenn auch spät, erkannt. Die Zinsen steigen, auch Deutschland kann sich nicht mehr zum Nulltarif verschulden. Zurecht warnt bereits der Bundesrechnungshof vor einem finanziellen Kontrollverlust. Finden Sie den vollständigen Bericht des Bundesrechnungshofes hier: https://www.bundesrechnungshof.de/DE/o_home/documents/bwv-eckwerte/bwv_eckwerte_node.html.

Politik ist kein sozialistisches Wunschkonzert, Ausgabenwünsche müssen priorisiert werden! Das muss auch die Ampel endlich begreifen!

GRÜNE VERBOTSKULTUR STOPPEN

Die neuen Forderungen der Grünen verfolgen das klare Ziel: Verboten und bevormunden! Nach der Verkündung des grünen Heizsozialismus durch Robert Habeck haben die Menschen Angst: die zum Teil sechsstelligen Umrüstkosten überfordern viele und bedrohen das hart erarbeitete Eigenheim. Alle sollen mit Strom heizen, zugleich werden die letzten grundlastfähigen Kernkraftwerke in wenigen Tagen abgeschaltet. Wenn Strom die einzige Energiequelle werden soll, gleichzeitig aber alle verlässlichen Stromgewinnungsquellen wie Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, bleiben exakt zwei Möglichkeiten: Entweder wird Strom teuer importiert, womit Deutschland bei einer existentiell wichtigen Ressource (erneut!) abhängig von ausländischen Lieferanten würde und zudem die Bürger die politischen Fehler teuer bezahlen müssten. Oder wir müssen mit Strommangellagen kämpfen. Was das bedeutet ist, dass große Teile der Infrastruktur stark belastet oder gar ausfallen würden. Nicht nur in Krankenhäusern bedroht die ständige Gefahr eines Stromausfalls Leib und Leben der Patienten, unsere moderne Industriegesellschaft kommt bei mangelnder Versorgungssicherheit rasch in bedrohliche Schieflagen. Dies ist die drohende Konsequenz der linken Politik der Ampelregierung.

Der Irrsinn greift nun aber auch im Landwirtschaftsministerium um sich. Dabei macht die grüne Verbotsparterie selbst vor den Tellern der Bürger keinen Halt und will ihnen jetzt auch noch vorschreiben, was sie zu essen haben. In Form von Werbeverboten kommt die staatliche Ernährungssteuerung dabei durch die Hintertür und soll die Bürger auch noch von ihrer Freiheit bei der Lebensmittelwahl entmündigen. Statt also die Bürger eigenverantwortlich handeln zu lassen, agieren die Grünen wieder freiheitsraubend. Wir kennen es nicht anders. Die Linksrümpel wollen uns jetzt sogar Würmer und Insekten ins Essen mischen. Was kommt als Nächstes? Gras und Blätter essen wie in Nordkorea? Die Ampel will Deutschland CO₂-frei und energetisch unabhängig machen. Jedoch führt sie Deutschland mit ihrer Politik in strategische Abhängigkeiten, mit der kein einziges Klimaziel, auch nicht das der Emissionsneutralität erreicht werden können. Daher fordern wir ganz klar: Mehr Freiheit für die Bürger statt Bevormundung durch die links-gelbe Bundesregierung.

FLÜCHTLINGSGIPFEL DER CDU/CSU- BUNDESTAGSFRAKTION

Unsere Städte und Gemeinden kommen bei der Aufnahme von Flüchtlingen zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Hilferufe an die Bundesregierung

verhalten ungehört. Bundesinnenministerin Faeser hat bereits zweimal zu Gesprächen eingeladen, beide Male ohne in der Sache auch nur einen Schritt voranzukommen. Briefe an den Bundeskanzler von Bürgermeister, Oberbürgermeistern und Landräten bleiben unbeantwortet.

Wir müssen vor allem unsere Interessen, die Interessen unseres Landes und unserer Gesellschaft, neben den humanitären Verpflichtungen, stärker zum Ausdruck bringen. Neben verschiedenen Vorschlägen zur Begrenzung der irregulären Zuwanderung und zur Reform der Asylverfahren schlagen wir daher eine strikte administrative Trennung zwischen den Asylverfahren und der Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt vor. Unter dem Titel „work and stay“ soll nach unseren Vorstellungen eine Einwanderungsagentur sämtliche Verfahren übernehmen, die zurzeit bei den deutschen Auslandsvertretungen und den kommunalen Ausländerbehörden anhängig sind, und die nicht Asylverfahren, sondern Einwanderungsanträge zum Zweck der Arbeitsaufnahme in Deutschland sind. Diese Agentur ist ausdrücklich keine neue Bürokratie, sondern soll eine vom ersten Tag an ausschließlich digital arbeitende Einrichtung sein, die für alle Entscheidungen des Aufenthaltsrechtes und der Arbeitserlaubnis („one stop shop“) zuständig ist. Wir brauchen Zuwanderer, die uns nützen, und keine, die uns ausnutzen.

Wir dürfen uns nicht noch einmal in eine Situation wie in 2015 bringen. Sonst ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet. Städte und Gemeinden sind überfordert und können der humanitären Verantwortung Deutschlands nicht gerecht werden, wenn die Zahl der Asylbewerber weiterhin auf diesem beispiellos hohen Niveau bleibt. Wenn die meisten Flüchtlinge, die nach Europa kommen, nach Deutschland wollen, dann gibt es offensichtlich Anreize, hierherzukommen. Diese Anreize sind Pull-Effekte. Deshalb brauchen wir europäisch einheitliche Regeln und gemeinsame Standards, zum Beispiel bei Sozialleistungen. Außerdem müssen die europäischen Außengrenzen endlich richtig geschützt werden. Asylverfahren sollten möglichst an der Grenze der Europäischen Union durchgeführt werden. Auch über Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen nachzudenken, darf kein Tabu sein. Die Bürger in unserem Land wollen doch wissen, wer nach Deutschland kommt. Zudem muss die Zahl der sicheren Herkunftsstaaten erhöht werden und wir brauchen Rückführungsabkommen, die funktionieren. Die Grünen müssen hier endlich ihren Widerstand im Bundesrat aufgeben.

Die Kommunen flehen den Kanzler an, endlich zu handeln. Scholz lädt nun im Mai zum Flüchtlingsgipfel. Warum erst im Mai? Migrationspolitik muss Chefsache sein und gehört jetzt auf den

Tisch. Wir als Opposition tun, was eigentlich Kanzler Olaf Scholz tun sollte: den Dialog mit den Kommunen, Landkreisen und Städten suchen. Wir wollen deren Anregungen und Vorschläge aufnehmen und nach Ostern die Schlussfolgerungen aus unseren Begegnungen in Form eines Antrags in den Deutschen Bundestag einbringen. Dort haben wir haben zwar im Augenblick keine parlamentarische Mehrheit. Aber wir kritisieren nicht nur, sondern bringen konkrete Gedanken und Ideen in die politische Diskussion unseres Landes ein, vor allem zu den Themen, die die Menschen in Deutschland in besonderer Weise beschäftigen.

OSTERGRUß

Für das bald bevorstehende Osterfest möchte ich Ihnen und Ihren Familien geruhsame Besinnung, frohe Stunden im Kreise der Lieben und zwischen Fisch und Osterschmaus genügend Muße für die frohe und hoffnungstiftende Botschaft des Ostermorgens wünschen.

Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>